

untaugliche Melodie einer „Alleinherrschaft der SED“, die die anderen Parteien zu ihrem Satelliten und damit zu einem „Feigenblatt für die kommunistische Demokratie“ gemacht hätte. Offensichtlich verwechseln die Beherrscher Westdeutschlands und ihre von ihnen korrumpierten Zeitungsschreiber und Kommentatoren ihre „Demokratie und Parteigemeinschaft“ mit unserem demokratischen Block. In der Tat, bei ihnen bestimmt nur eine kleine Minderheit, und das ist das viele Milliarden Mark sein Eigen nennende Monopolkapital.

Demokratie kontra „Demokratie“

Wenn der dem Sozialismus gewiß nicht freundlich gesonnene westdeutsche Philosoph Karl Jaspers in einer Betrachtung über die Demokratie in Westdeutschland zu der Feststellung gelangte, „das Volk kann nicht selber mitregieren“ oder daß „die Wirkung, die vom Volk ausgeht, ungemein gering ist“, dann kann man diesen Einsichten nur hinzufügen: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und alle verantwortungsbewußten demokratischen Kräfte unseres Volkes haben schon sehr lange darauf hingewiesen, daß es dort, wo Imperialismus und Militarismus herrschen, weder Freiheit, Demokratie noch Humanismus geben kann.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands und ihre Partei, die CDU/CSU, sind gegenwärtig dabei, mit der Durchpeitschung der Notstandsgesetze das — nach Karl Jaspers — im Bonner Grundgesetz vorhandene Minimum an Wirksamkeit des Volkes vollends zu liquidieren. Die Reaktion auf die durch den Offenen Brief ausgelöste öffentliche Aussprache in der Bevölkerung Westdeutschlands macht so recht, deutlich, wie es um die demokratischen Rechte der Parteien im Bonner Staat steht. Als zum Beispiel der Vorsitzende der FDP, Mende, von dem niemand behaupten wird, er sei ein Freund der DDR, die Meinung äußerte, daß eines Tages die Bonner Regierung im Auftrage der USA-Regierung oder auch anderer ausländischer Regierungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sprechen bzw. verhandeln müsse (natürlich im Interesse des Monopolkapitals!), forderten die verständigungsfeindlichen Kräfte in der CDU/CSU den Sturz des FDP-Vorsitzenden.

Die monopolistische CDU/CSU, die sich fälschlicherweise christlich-demokratisch nennt, ist gegenwärtig bestrebt, den Meinungsaustausch zwischen der Arbeiterklasse und zwischen den beiden größten Parteien in Deutschland, der SED und der SPD, zu verhindern bzw. die SPD auf ihre antinationalen und reaktionären Positionen festzulegen. Ihr Ziel ist es, eine anti-

nationale und verständigungsfeindliche Koalition zu bilden.

Die Praktiken der bürgerlichen Koalitionspolitik sind eine Methode der Großbourgeoisie, die darauf zielt, mit Hilfe mehrerer Parteien die fortschrittlichen Kräfte zu spalten und ihre Herrschaft über das Volk auf diese Weise besser auszuüben.

In einigen Ländern Westdeutschlands geschieht dies sogar unter Regierungsbeteiligung der SPD. Die Großbourgeoisie nützt diese Politik, um ihre reaktionäre Ideologie in die Arbeiterbewegung hineinzutragen und somit eine echte politische Meinungsbildung des Volkes zu verhindern. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist, wie in Westdeutschland der Offene Brief unseres Zentralkomitees der westdeutschen Bevölkerung „nahegebracht“ wurde. In der Stellungnahme des Zentralkomitees unserer Partei zum Meinungsaustausch zwischen SED und SPD wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Massenpresse des Springerkonzerns die Fakten entstellt und der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung unterschlägt. „Das spricht nicht gerade für Informationsfreiheit“, so heißt es in der Stellungnahme, „und auch nicht für den wünschenswerten Einfluß der SPD auf die öffentliche Meinungsbildung in der Bundesrepublik.“

In unserem wahrhaft demokratischen Block wirken die Partner gleichberechtigt und gleich verpflichtet im Interesse und zum Wohl des ganzen Volkes zusammen.

Von Anfang an gingen allen entscheidenden Schritten unserer gesellschaftlichen Entwicklung die Beratungen im demokratischen Block voraus. Trotz unterschiedlicher Weltanschauungen wurden die Aufgaben, deren oberster Grundsatz es ist, dem Wohle des Volkes zu dienen, gemeinsam festgelegt. Das war so bei der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, während der demokratischen Bodenreform, bei der Gründung der DDR, bei der planmäßigen Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, bei den Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 usw. Und das wird auch bei allen zukünftigen Maßnahmen so sein.

Durch das gemeinsame Zusammenwirken aller Parteien im Block, in der Nationalen Front wurden Formen und Methoden des freiwilligen Übergangs der verschiedenen Schichten des Volkes, der Bauern, der Intelligenz, der Handwerker, der Gewerbetreibenden, der Unternehmer in den Sozialismus gefunden.

In der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erhöht sich qualitativ die Mitverantwortung der befreundeten Parteien und Organisationen. Heute gehen in ihrer Arbeit alle